Begleitschreiben Rekurs gegen Polizeieinsatz vom 1. Mai 2023

Die Geschehnisse am 1. Mai 2023 in Basel haben erneut die Bedeutung des Schutzes der Versammlungs- und Meinungsfreiheit in den Vordergrund gerückt. Der Polizeieinsatz reiht sich ein, in eine von uns seit längerem mit Besorgnis beobachtete Tendenz der Einschränkung der Demonstrationsfreiheit und damit der Versammlungs- und Meinungsfreiheit.

Entsprechend ist neben einer politischen Diskussion sowie der Aufarbeitung des Polizeieinsatzes, ebenso die juristische Aufarbeitung möglicher Rechtsverletzungen wichtig. Ziel ist es, gerichtlich festzuhalten, dass der Polizeieinsatz und die dabei erlebten Massnahmen nicht rechtmässig waren und die entstehende Praxis, der leichtfertigen Einschränkung von Grund- sowie Menschenrechten, zu durchbrechen. Hierfür gibt es die Möglichkeit, mittels eines verwaltungsrechtlichen Rekurses den Einsatz auf seine Rechtmässigkeit zu überprüfen. Dies ist insbesondere mit Blick auf zukünftige Kundgebungen und einen starken Grundrechtsschutz wichtig.

Da die Frist von zehn Tagen für die Rekurs-Anmeldung eingehalten werden müssen und um den Aufwand sowie die Arbeit für die einzelnen Personen möglichst gering zu halten, braucht es ein koordiniertes Vorgehen. Der Rechtsanwalt Guido Ehrler hat sich bereit erklärt, die Koordination sowie die Rekursverfahren zu führen und wird dabei von verschiedenen Organisationen unterstützt.

Falls du Interesse hast, einen Rekurs einzureichen, lies die nachfolgenden Informationen aufmerksam durch:

Wer kann sich am Rekurs beteiligen
Der Rekurs kann von allen Menschen gemacht werden, die vor- und während der Demonstration durch das polizeiliche Handeln direkt in Ihren Rechten betroffen waren. Dazu gehören insbesondere:

- Personen, die auf dem Weg zur Demonstration kontrolliert oder zur Personenkontrolle auf den Polizeiposten gebracht wurden.
- Personen, die an der Demonstration teilgenommen haben und «eingekesselt» worden sind.
- Personen, die an der Demonstration teilgenommen haben und von polizeilichen Zwangsmitteln (Pfefferspray und Gummischrot) oder Personenkontrollen betroffen waren
- Personen, die einen befristeten Platzverweis erhalten haben.

Was ist das weitere Vorgehen?

1. Fragebogen und Vollmacht ausfüllen und unterschreiben.
   Achtung: Wenn du noch nicht volljährig bist, muss deine gesetzliche Vertretung (Eltern) die Vollmacht unterzeichnen.

2. Alle Unterlagen ausgedruckt und wenn nötig unterschrieben einreichen (siehe Checkliste auf dem Fragebogen, S.1)

   a. persönlich bis zum 8. Mai 2023 vorbeibringen oder in den Briefkasten einwerfen.
      Advokaturbüro Roulet, Ehrler, Gessler
      Rebgasse 1
      4058 Basel

   b. per A-Post bis am Samstag, den 6. Mai abschicken.
      Advokaturbüro Roulet, Ehrler, Gessler
      Rebgasse 1
      4058 Basel

   c. als Scan an gehrler@vtxmail.ch senden (Bitte als PDF senden).

3. Teilnahme am Koordinations- und Informationstreffen
   Um alle Rekurent*innen über das weitere Vorgehen zu informieren und sich gemeinsam abzusprechen, organisieren wir ein Koordinations- und Informationstreffen. Ort und Datum wird zeitnah per E-Mail bekannt gegeben.

Wie werden die Kosten getragen?
Die Kosten, die durch ein Verfahren verursacht werden, insbesondere auch die Anwalts- und Gerichtskosten, sind ein häufiger Grund, weshalb Menschen darauf verzichten, ihre Rechte geltend zu machen.
Da wir es als rechtsstaatliche und politische Notwendigkeit sehen, dass gegen den Polizeieinsatz Rekurs geführt wird, sind wir zurzeit dabei, die Finanzierung des Verfahrens sicherzustellen.
Solltest du die finanziellen Möglichkeiten haben, sind wir jedoch um einen solidarischen Beitrag an die (Koordinations-) Kosten dankbar.
Richtwert:

- *Geringes Einkommen / in Ausbildung:* 50 CHF
- *Normal:* 100 CHF

Uns ist es wichtig, dass sich alle, die wollen am Rekurs beteiligen können. Solltest du die finanziellen Mittel nicht haben, kannst du selbstverständlich einfach darauf verzichten einen Solibeitrag zu bezahlen. Wenn du die Möglichkeiten dazu hast, mehr dazu beizutragen, hilft uns das sehr.

Welche rechtlichen Konsequenzen könnte der Rekurs für mich haben?
Grundsätzlich kann dir durch das Ergreifen eines Rechtsmittels keinen rechtlichen Nachteil erwachsen, denn Du hast an einer bewilligten Kundgebung teilgenommen.
Wenn du nicht von der Polizei kontrolliert worden bist, gibst du mit deinem Rekurs jedoch bekannt, dass Du an der Kundgebung teilgenommen hast.

Für weitere dringende Fragen könnt Ihr Euch per Mail (1maibasel@proton.me) melden.

Solidarische Grüsse

Koordinationsgruppe Rekurs 1.Mai

Fragebogen: Sachverhalt 1. Mai 2023

Persönliche Daten:

Name / Vorname:			
Adresse:			
Geburtsdatum:		**CH/Aufenthaltsstatus:**	
Tel.:		**E-Mail**	

Da nicht alle Menschen am 1. Mai 2023 dasselbe erlebt haben, müssen wir die Erlebnisse etwas strukturieren. Bitte tragt euch in die jeweils für euch passende Variante ein. Für die Einschätzung des Einzelfalles ist es darüber wertvoll das individuell Erlebte in den Bemerkungen (oder mittels eigenen Gedächtnisprotokolls) weiter auszuführen.

An der Demonstration teilgenommen und durch die Polizei eingekesselt worden…	siehe **Situation 1**
- *inkl. Mitnahme auf den Posten*	*Variante 1.1.*
- *inkl. Durchführung der Personenkontrolle mittels polizeilicher Zwangsmittel*	*Variante 1.2.*
- *inkl. «freiwilliger» Personenkontrolle*	*Variante 1.3.*
An der Demonstration <u>nicht</u> von der Polizei eingekesselt worden…	Siehe **Situation 2**
- *da bereits im Vorhinein von der Polizei kontrolliert und ev. Mitnahme auf den Posten*	*Variante 2.1.*
- *aber Opfer von polizeilichen Zwangsmitteln während der Demonstration geworden*	*Variante 2.2.*

<u>Checkliste benötigter Dokumente:</u>

- Ausgefüllter Fragebogen
- Vollmacht (unterzeichnet)
- ev. Kopie Platzverweis
- ev. Gedächtnisprotokoll
- ev. Kopie Quittungen und sonstiges ausgehändigtes Material durch die Polizei

Situation 1: «Eingekesselt»

Variante 1.1. Mitnahme auf den Posten (Polizeigewahrsam)

		Bemerkungen
«Freiwillige» Personenkontrolle (Feststellung der Identität)	Ja ☐ Nein ☐	
Personenkontrolle mittels polizeilicher Zwangsmittel (z.B. aus dem Kessel getragen, polizeiliche Begleitung aus dem Kessel etc.)	Ja ☐ Nein ☐	Falls ja; Beschreibung der erlebten polizeilichen Zwangsmittel.
Polizeiliche Zwangsmittel vor Ort:		
- Durchsuchung: ○ Leibesvisitation (Abtasten und Sichtung des Körpers)	Ja ☐ Nein ☐	Falls Ja; Durchführung durch gleichgeschlechtliche Polizist*in?
○ Erkennungsdienstliche Behandlung (Fotos, Fingerabdrücke, Feststellung äusserer körperlicher Merkmale etc.)	Ja ☐ Nein ☐	
- Pfefferspray	Ja ☐ Nein ☐	
- Gummischrot	Ja ☐ Nein ☐	
- Fesselung (z.B. Handschellen, Kabelbinder)	Ja ☐ Nein ☐	Falls ja; Bitte mit Angabe der Dauer sowie Art der Fesselung.
- Tritte	Ja ☐ Nein ☐	
- Anderes:	Ja ☐ Nein ☐	
Polizeiliche Zwangsmittel auf dem Posten:		
- Personenkontrolle ○ Leibesvisitation (Abtasten des Körpers)	Ja ☐ Nein ☐	Falls Ja; Durchführung durch gleichgeschlechtliche Polizist*in? Entkleidung?
○ Effekte (Untersuchen von Gegenständen und Kleidung)	Ja ☐ Nein ☐	Falls ja; wurden relevante Sachen gefunden?
- Erkennungsdienstlichen Massnahmen (	Ja ☐ Nein ☐	

(Fotos, Fingerabdrücke, Feststellung äusserer körperlicher Merkmale etc.)		
- Fesselung (z.B. Handschellen, Kabelbinder)	Ja ☐ Nein ☐	Falls ja; Bitte mit Angabe der Dauer sowie Art der Fesselung.
- Anderes		
Wann wurde ich aus dem polizeilichen Gewahrsam entlassen (Uhrzeit)?		
Befristeter Platzverweis erhalten?	Ja ☐ Nein ☐	
Kurze Beschreibung des eigenen Verhaltens gegenüber der Polizei: (*kritische Selbsteinschätzung und Beschreibung, wenn notwendig*)	Voll kooperativ ☐ Teilw. kooperativ ☐ Nicht kooperativ ☐	

Variante 1.2. Personenkontrolle mittels polizeilicher Zwangsmittel

		Bemerkungen
Beschreibung der eingesetzten Zwangsmittel zur Durchführung der Personenkontrolle:		
Polizeiliche Zwangsmittel vor Ort:		
- Personenkontrolle (Feststellung der Identität)	Ja ☐ Nein ☐	
- Durchsuchung: ○ Leibesvisitation (Abtasten und Sichtung des Körpers)	Ja ☐ Nein ☐	Falls Ja; Durchführung durch gleichgeschlechtliche Polizist*in?
○ Effekte (Untersuchen von Gegenständen und Kleidung)	Ja ☐ Nein ☐	Falls ja; wurden relevante Sachen gefunden?
- Erkennungsdienstliche Massnahmen (Fotos, Fingerabdrücke, Feststellung äusserer körperlicher Merkmale etc.)	Ja ☐ Nein ☐	
- Pfefferspray	Ja ☐ Nein ☐	
- Gummischrot	Ja ☐ Nein ☐	

- Fesselung (z.B. Handschellen, Kabelbinder)	Ja ☐ Nein ☐	Falls ja; Bitte mit Angabe der Dauer sowie Art der Fesselung.
- Tritte	Ja ☐ Nein ☐	
- Anderes:	Ja ☐ Nein ☐	
Wann wurde ich aus dem Kessel oder der Personenkontrolle entlassen (Uhrzeit)?		
Platzverweis erhalten?	Ja ☐ Nein ☐	
Kurze Beschreibung des eigenen Verhaltens gegenüber der Polizei: (*kritische Selbsteinschätzung und Beschreibung, wenn notwendig*)	Voll kooperativ ☐ Teilw. kooperativ ☐ Nicht kooperativ ☐	

Variante 1.3. An der «freiwilligen» polizeilichen Personenkontrolle teilgenommen

		Bemerkungen
Polizeiliche Zwangsmittel vor Ort:		
- Personenkontrolle (Feststellung der Identität)	Ja ☐ Nein ☐	
- Durchsuchung: ○ Leibesvisitation (Abtasten und Sichtung des Körpers)	Ja ☐ Nein ☐	Falls Ja; Durchführung durch gleichgeschlechtliche Polizist*in?
○ Effekte (Untersuchen von Gegenständen und Kleidung)	Ja ☐ Nein ☐	Falls ja; wurden relevante Sachen gefunden?
- Erkennungsdienstliche Massnahmen (Fotos, Fingerabdrücke, Feststellung äusserer körperlicher Merkmale etc.)	Ja ☐ Nein ☐	
- Pfefferspray	Ja ☐ Nein ☐	
- Gummischrot	Ja ☐ Nein ☐	
- Fesselung (z.B. Handschellen, Kabelbinder)	Ja ☐ Nein ☐	Falls ja; Bitte mit Angabe der Dauer sowie Art der Fesselung.
- Tritte	Ja ☐ Nein ☐	
- Anderes:	Ja ☐ Nein ☐	

Wann wurde ich aus dem Kessel oder der Personenkontrolle entlassen (Uhrzeit)?		
Befristeter Platzverweis erhalten?	Ja ☐ Nein ☐	
Kurze Beschreibung des eigenen Verhaltens gegenüber der Polizei: (*kritische Selbsteinschätzung und Beschreibung, wenn notwendig*)	Voll kooperativ ☐ Teilw. kooperativ ☐ Nicht kooperativ ☐	

Situation 2: «Nicht eingekesselt worden»

Variante 2.1. Vor der Demo angehalten worden

		Bemerkungen
Polizeiliche Massnahmen vor Ort:		
- Vornahme einer Personenkontrolle (Feststellung der Identität)	Ja ☐ Nein ☐	
- Erhalt eines befristeten Platzverweises	Ja ☐ Nein ☐	
- weitere Massnahmen:	Ja ☐ Nein ☐	
Durch die Polizei in Gewahrsam genommen (Mitnahme auf den Posten)?	Ja ☐ Nein ☐	
Falls ja, welche polizeilichen Zwangsmittel wurden in dem Rahmen vorgenommen:		
- Personenkontrolle (Feststellung der Identität)	Ja ☐ Nein ☐	
- Durchsuchung: ○ Leibesvisitation (Abtasten und Sichtung des Körpers)	Ja ☐ Nein ☐	Falls Ja; Durchführung durch gleichgeschlechtliche Polizist*in? Entkleidung?
○ Effekte (Untersuchen von Gegenständen und Kleidung)	Ja ☐ Nein ☐	Falls ja; wurden relevante Sachen gefunden?
Erkennungsdienstliche Massnahmen (Fotos, Fingerabdrücke, Feststellung äusserer körperlicher Merkmale etc.)	Ja ☐ Nein ☐	
- Pfefferspray	Ja ☐ Nein ☐	
- Fesselung (z.B. Handschellen, Kabelbinder)	Ja ☐ Nein ☐	Falls ja; Bitte mit Angabe der Dauer sowie Art der Fesselung.
- Tritte	Ja ☐ Nein ☐	
- Anderes:	Ja ☐ Nein ☐	
Wann wurde ich aus dem polizeilichen Gewahrsam entlassen (Uhrzeit)?		

Kurze Beschreibung des eigenen Verhaltens gegenüber der Polizei: (*kritische Selbsteinschätzung und Beschreibung, wenn notwendig*)	Voll kooperativ ☐ Teilw. kooperativ ☐ Nicht kooperativ ☐	

Variante 2.2. Opfer von Zwangsmittel während der Demo

		Bemerkungen
Polizeiliche Zwangsmittel vor Ort:		
- Personenkontrolle (Feststellung der Identität)	Ja ☐ Nein ☐	
- Durchsuchung: ○ Leibesvisitation (Abtasten und Sichtung des Körpers)	Ja ☐ Nein ☐	Falls Ja; Durchführung durch gleichgeschlechtliche Polizist*in?
○ Effekte (Untersuchen von Gegenständen und Kleidung)	Ja ☐ Nein ☐	Falls ja; wurden relevante Sachen gefunden?
- Pfefferspray	Ja ☐ Nein ☐	
- Gummischrot	Ja ☐ Nein ☐	
- Fesselung (z.B. Handschellen, Kabelbinder)	Ja ☐ Nein ☐	Falls ja; Bitte mit Angabe der Dauer sowie Art der Fesselung.
- Tritte	Ja ☐ Nein ☐	
- Anderes:	Ja ☐ Nein ☐	
Befristeter Platzverweis erhalten?	Ja ☐ Nein ☐	
Kurze Beschreibung des eigenen Verhaltens gegenüber der Polizei: (*kritische Selbsteinschätzung und Beschreibung, wenn notwendig*)	Voll kooperativ ☐ Teilw. kooperativ ☐ Nicht kooperativ ☐	

Vollmacht

Der/die Unterzeichnete(n)

erteilt hiermit Auftrag und Vollmacht mit dem Recht der Untervertretung an

Guido Ehrler

Advokat

um in seinem / ihrem Namen gegen

_____

betreffend 1. Mai 2023 _____

als Advokat oder Vertreter vor allen hiesigen und auswärtigen Gerichten sowie sonstiger Behörden oder gegenüber Privaten aufzutreten, alle Rechtshandlungen vorzunehmen, welche die Ausführung des Auftrags mit sich bringen kann, insbesondere Vergleiche abzuschliessen und Zahlungen in Empfang zu nehmen oder überhaupt alles vorzukehren, was er als nötig oder zweckdienlich erachtet. Zugleich zediert der/die Vollmachtgeberin die gegenüber der Gegenpartei allenfalls bestehenden Ansprüche auf Kostenersatz an den Bevollmächtigten.

Für den Fall, dass der/die Vollmachtgeber/in von einer Rechtsschutzversicherung Deckung erhält, entbindet er/sie den Bevollmächtigten von der Geheimhaltungspflicht gegenüber dieser Rechtsschutzversicherung, soweit dies für die Abwicklung des Honorars notwendig ist.

Der/die Vollmachtgeber/in verpflichtet sich zur Bezahlung des Honorars und zum Ersatz der Spesen und Auslagen (zuzüglich Mehrwertsteuer) gemäss separater Honorarvereinbarung. Der/die Vollmachtgeberin leistet auf Verlangen angemessene Kostenvorschüsse. Sofern keine anderweitige Vereinbarung getroffen wird, bleiben in gerichtlichen Verfahren kantonale Tarifordnungen vorbehalten. Zur Durchsetzung der Honoraransprüche wird der Beauftragte gegenüber den zuständigen Betreibungs- und Gerichtsbehörden von der Geheimhaltungspflicht entbunden.

Der/die Vollmachtgeber/-in entbindet alle in Betracht fallenden Personen und Stellen, namentlich Ärzte, medizinische Hilfspersonen und Spitäler von ihrer beruflichen Schweigepflicht gegenüber dem Bevollmächtigten und ermächtigt sie, ihm die mit der Mandatsausübung verbundenen notwendigen Auskünfte über den Gesundheitszustand zu erteilen.

Die Vollmacht gilt auch bei Eintritt der Handlungsunfähigkeit und über den Tod des Mandanten oder der Mandantin hinaus.

Der Bevollmächtigte ist befugt, 10 Jahre nach rechtskräftiger Erledigung, bei aussergerichtlicher Erledigung 10 Jahre nach Zustellung der Abrechnung, die nicht abgeholten Akten des/der Klienten/in und die eigenen Handakten zu vernichten.

Gerichtsstandsvereinbarung:

Streitigkeiten aus diesem Auftragsverhältnis unterstehen, ungeachtet des Wohnsitzes des/der Vollmachtgeber/in, der Zuständigkeit der Gerichte des Kantons Basel-Stadt. Die Parteien vereinbaren die Geltung des Schweizer Rechts.

Basel _____, den _____

_____
(Unterschrift)

Substitutionsvollmacht wird erteilt an:

_____

_____, den_____

_____
(Guido Ehrler)